13. Wahlperiode

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005 – Drucksache 13/3955

## Wohnungsbau 2005 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005 – Drucksache 13/3955 – Kenntnis zu nehmen.

03.03.2005

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:

Schmiedel Moser

## Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Drucksache 13/3955 in seiner 51. Sitzung am 3. März 2005. Zu den Beratungen lag die Empfehlung des vorberatenden Innenausschusses vom 2. März 2005, von der Mitteilung des Innenministeriums Kenntnis zu nehmen, vor (vgl. Anlage).

Ein SPD-Abgeordneter merkte kritisch an, nach Einschätzung seiner Fraktion habe das Wohnraumförderprogramm des Landes einen verfehlten Ansatz und ein unzureichendes Volumen. In Baden-Württemberg drohe deshalb eine neue Wohnungsnot. Die Wohnungspolitik des Landes beschränke sich darauf, Bundesmittel komplementär zu finanzieren. Dieser Sachverhalt sei jedoch politisch ausdiskutiert. Da auch der Doppelhaushalt 2005/06 verabschiedet sei, könne der Landtag von der Mitteilung der Landesregierung nur noch Kenntnis nehmen.

Einstimmig erhob der Finanzausschuss daraufhin die Empfehlung des Innenausschusses, von der Mitteilung des Innenministeriums Kenntnis zu nehmen, zur Beschlussempfehlung ans Plenum.

08.03.2005

Schmiedel

Ausgegeben: 17. 03. 2005

Anlage

Empfehlung und Bericht

des Innenausschusses an den Finanzausschuss

zu der Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005 – Drucksache 13/3955

Wohnungsbau 2005 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005 – Drucksache 13/3955 – Kenntnis zu nehmen.

02.03.2005

Der Berichterstatter: Der Vorsitzende:

Stickelberger Gall

## Bericht

Der Innenausschuss beriet die Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005, Drucksache 13/3955, in seiner 30. Sitzung und führte hierzu eine öffentliche Anhörung der kommunalen Landesverbände, der Verbände der Wohnungsunternehmen, der Arbeitsgemeinschaft der Bausparkassen, der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümerverbände und des Verbandes der Mieterverbände im Deutschen Mieterbund durch, in der auch eine Aussprache erfolgte (vgl. Sitzungsprotokoll).

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung stellte der Ausschussvorsitzende fest, es bestehe kein weiterer Beratungsbedarf.

Daraufhin verabschiedete der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an den Finanzausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung des Innenministeriums vom 3. Januar 2005, Drucksache 13/3955, Kenntnis zu nehmen.

08.03.2005

Stickelberger